

Was lehrt der Stahlhelm-Tag?

Die Berliner Stahlhelm-Parade ist vorbei. Die politischen Schläger-Anter, welche in der Nacht zum 8. Mai den ins Quartier rückenden schwarzweilernen Landwehrcolonnen die Straßen erleuchteten, haben auch gleichzeitig grell den Weg erhellend, den der proletarische Befreiungskampf gehen muß. Die unterdrückten Massen müssen auf diese politischen Wegweiser acht geben, wenn sie ihr Ziel — die Zerschmetterung des Faschismus — erreichen wollen.

Es ist ein symptomatisches Zeichen: der Aufmarsch der Faschisten war nur möglich unter dem Schutze eines riesigen Polizeiaufgebotes. Die ganze Meute der uniformierten und zivilen Ordnungsknechte Berlins mußte den Weggräbern der Straße freimachen zur Demonstration, denn die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Parole „Laßt die Faschisten unter sich“ wurde von den Proletariatsinstinkten als Verlegenheitsgestammel schamgesetzter Politiker erkannt. Mit stirmischen Salven von „Nieder“-Rufen, mit dem Höchstmaß an proletarischem Verachtung empfingen die Arbeiter Berlins die Stahlhelm-Kolonnen — und mußten abermals von der Garde des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten ungewollt erfahren, was schwarzrotgelbe Demokratie wirklich heißt. Die Massen Zörgelbe ritten stellenweise wie zaristische Kosaken in die Arbeitermonnen hinein, sie schlugen bei der geringsten Gelegenheit wie Berserker mit ihren Gummihölzchen zwischen die Proletariatsreihen — sogar „Reichsbanner“-Mitglieder erlitten Polizeihiebe als Dank für Hochrufe auf die bestehende Republik.

Die Attacken der Berliner Schupo lehnen dem Proletariat ernst, daß die Polizei nur zum Schutze der kapitalistischen Ordnung und ihrer Hakenkreuztruppen da ist, daß der Faschismus nur im Kampfe gegen die uniformierten Säulener des bürgerlichen Staates geschlagen werden kann!

Dieser Kampf kann aber nie und nimmer geführt werden unter der Parole: „Berlin ist und bleibt rot“, diesem irreführendsten aller Schlagwörter. Die Arbeiter, die am 7. und 8. Mai die Stahlhelm-Formationen mit diesem Ruf begleiteten, müssen selbst mit der Frage beantworten, was denn in Berlin eigentlich „rot“ ist. Ist es die Arbeitslosigkeit, die fast eine Viertelmillion Proletarier zum Hungern verurteilt? Ist es das soziale Elend, das Zehntausende Arbeiterfamilien zu einem Hundeloben in schwindeligen Wohnhöhlen verdammt und Tausende in den Pfahle der Obdachlosigkeit stößt? Ist es die Reaktionsstimmung, welche die Arbeiter der Berliner Großbetriebe ins Joch rückwärtsgerichtetsten Menschenschinderei spannt? Ist es etwa die Garde Zörgelbe, die ständig demonstrierende Proletariat nach Strich und Faden verklopft? Wenn das „rot“ ist und so „bleich“ soll, dann setzt sich die Berliner Arbeiterklasse der ganzen Welt entgegen und fördert muß. Nur die Massenaktion gegen die kapitalistische Ordnung, gegen ihre Henkerjustiz, gegen die Spitzen der reformistischen Sozialdemokratie und die Spitzen der reformistischen Gewerkschaften als Verbündete des Weltfaschismus kann die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti verhindern.

Angesichts der Todesgefahr der revolutionären Arbeiter Sacco und Vanzetti, Heffen kann nur die nationale und internationale Terror- und Willkürakte der Klassenjustiz haben die unterzeichneten proletarischen Parteien und Organisationen beschlossen, in diesem Sinne eine gemeinsame Protestkundgebung zu veranstalten über den Tod von Sacco und Vanzetti.

Sie rufen die Arbeiterschaft Berlins auf:
Dienstag, den 17. Mai, abds. 7 Uhr, am Gendarmenmarkt in Massen zu erscheinen.

Genossen! Zeigt der kapitalistischen Henkerjustiz, daß das Berliner Proletariat es nicht stillschweigend duldet, daß seine Klassenbrüder hingerichtet werden.

Nieder mit der Klassenjustiz!
Es lebe die internationale Klassen Solidarität!
Rettet Sacco und Vanzetti!
Heraus zur Massenkundgebung!

Allgemeine Arbeiter-Union
Freie Arbeiter-Union (A.-S.) Arbeitskreis Groß-Berlin
Kartell selbständiger Verbände und zwar:
Bekleidungs-Industrie-Verband
Gruppe erwerbsloser Arbeiter
Verband der Schiffs- und Bootbauer
Verband für das Baugewerbe
Entschlossene Linke innerhalb und außerhalb der KPD.
Kommunistische Arbeiter-Partei
Kommunistische Jugend Deutschlands
Kommunistische Partei Deutschlands
Rote Hilfe Deutschlands
Sozialistischer Bund (S.-B.)
Sozialistische Proletarier-Jugend Deutschlands
Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD)
Union anarcho-sindicalistischer Vereine Berlin und Umgebung.

Die Formulierungen der KAPD, und AAU, bezüglich des gemeinsamen Aufrufes lauten wesentlich präziser. Die Abänderungsvorschläge der KAPD, gingen dahin, daß die proletarisch politischen Gefangenen in dem heute kapitalistischen Rußland, sowie die Opfer der faschistischen Kuomintang in China zu erwähnen, ferner nicht nur von den „Spitzen“ der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie als Verbündete des Weltfaschismus zu sprechen, sondern von den Organisationen als solchen. Wir halten diesen unseren Standpunkt natürlich vollinhaltlich aufrecht und die KAPD, wird diesen Standpunkt auch in der gemeinsamen Kundgebung zum Ausdruck bringen.

Solidaritätsbrecher und Fälscher.
Die USP, hat dem gemeinsamen Aufruf, der mit ihrer Zustimmung und unter Berücksichtigung ihrer redaktionellen Aenderungen zusammen mit den anderen Organisationen in einer gemeinsamen Sitzung in der obigen Form zugestimmt. In ihrer Zeitung (Klassenkampf Nr. 19) läßt sie jedoch den Satz der hinter „gegen ihre Henkerjustiz“ weiter lauten: „wegen des Scheiterns der reformistischen Sozialdemokratie und der Spitzen der reformistischen Gewerkschaften als Verbündete des Weltfaschismus.“

weg. Die USP, solidarisiert sich dadurch mit dem Weltfaschismus und dessen Helfershelfern, mit den Gewerkschaftsbeamten Zörgelbe, Hiesing, Uresinski, mit den Weis, Nostke, Scheidemann, mit denen in deren Auftrag die Ludendorff-Soldateska in Deutschland 20.000 revolutionäre Proletarier erschlugen und Tausende in den Zuchthäusern verkommen ließ. Die USP, das persönliche Eigentum einiger Führer, solidarisiert sich durch die bewußte Fälschung mit den Mördern Liebknecht und Luxemburg. Ihre Solidarität mit Sacco und Vanzetti kann daher nur als Bluff angesehen werden, um die noch in ihr organisierten erblichen Arbeiter zu täuschen.

Der politische Bankrott der Korsch Gruppe
Das in Nr. 36 der „KAZ“ zusammengestellte Bild von den Gruppen „Kommunistische Politik“ herrschenden Auffassungen über die Gewerkschaftsfrage widerspricht einem politischen Wirrwarr, der in der Oppositionsbewegung der KPD, schon seit langer Zeit herrscht. Während z. B. die von den Korschisten als recht bezeichnete Fraktion Urbahn-Schölen wenigstens einen Standpunkt — nämlich den der unbedingten

Erhaltung der Amsterdamer Gewerkschaften — hat, sind die beiden Resolutionen der Korsch-Gruppe faktisch der Optimalen politischen Haltung, Zweidrittel und inkonsequent bis dort hinaus deswegen, weil auf der einen Seite typischerweise durchweg die Parole der „Eroberung der Gewerkschaften“ als reaktionäre Utopie abgelehnt wird, während andererseits mit der Moskauer Zeitschrift doch nicht den radikalen Bruch vollzogen wird. Die führenden Geister der Korsch-Gruppe behandeln das Gewerkschaftsproblem in einer Weise wie Jongleure ihre in die Luft geschleuderten Teller, so daß kein Proletarier mehr weiß, was nun überhaupt oben und unten ist.

Die angenommene Mehrheitsresolution soll nach der Versicherung ihrer Verfasser den Zweck haben, den „starken Rückhalt“ zu den reformistischen Gewerkschaften in den Vordergrund rücken, so nur auf Grund der Erfahrung, daß heute auch die Führung wirtschaftlicher Kämpfe durch die proletarischen Massen selbst (und nicht durch reformistische Instanzenpolitik) die Schaffung revolutionärer Klassenkampforganisationen unbedingt notwendig macht.

Doch die Mehrheitskorschisten selbst können gar nicht umhin, ebenfalls „Stellung zu den bestehenden Organisationen“ zu nehmen. Wie schon angeführt, erblicken sie in der Revolutionspolitik eine reaktionäre Utopie. Sie ziehen sogar noch weiter und begründen, gestützt auf die bekannten obersten Tatsachen, die Notwendigkeit der Spaltung der Gewerkschaften durch die Kommunisten. In dem von uns zitierten Artikel der „KPD“ Nr. 8 wird außerdem unzuweilig ausgesprochen, daß „die Freien Gewerkschaften schon längst und unwiderleglich zu Fesseln der Klassenkampf des Proletariats umgeschlagen sind.“ Die Sprengung des starren Rahmens bedingt also keineswegs davon, in Bezug auf das Wesen der Amsterdamer Gewerkschaften einen — KAP-Standpunkt einzunehmen.

Man frage aber nicht nur nach den praktischen Schlüssen, welche die Mehrheitskorschisten aus solchen nur zu unterstreichenden Feststellungen ziehen. Denn hier, wo es gilt, dem Proletariat positiv einen Ausweg aus der Sackgasse der reformistischen Bewegung aufzuzeigen, ist ein schändliches Verfehlen zu konstatieren. Hineinzuweisen in alle ökonomischen Organisationen des Proletariats; in alle sogenannten Kampforganisationen, die sich zu den Grundzügen des proletarischen Klassenkampfes bekennen“, ist der Weisheit letzter Schluß bei den Mehrheitskorschisten und Minderheitskorsch-Gruppe. Und dementsprechend steht es den Mitgliedern der „KPD“ völlig frei, einer Gewerkschaft, einem Industrieverband oder einer Union anzugehören (für nicht eine wirtschafts-friedlichen, christlichen oder Hirse-Dünkerischen Gewerkschaft). Also trotz der Fesseln der proletarischen Klassenkampf sind, trotzdem sie nicht erobert und revolutioniert werden können, trotzdem „die Amsterdamer Organisationen unter ihren rechten Handen abzuweichen“ werden können auf der anderen Seite der Barrikade stehen, müssen — trotzdem hinein in diese konterrevolutionären Organisationen! (Da die Amsterdamer Verbände nach der eigenen Erklärung der „KPD“ (siehe „als Ganzes“) sich nicht zu den Grundzügen des proletarischen Klassenkampfes bekennen, ist absolut unverständlich, warum der Eintritt in christliche und sonstige geber Gewerkschaften eigentlich verboten sein soll.)

Diese, von der Linie des Zentralkomitees der KPD, nur gerade abweichend, werden kann (wie erst der Abgang Rosenbergs wieder bewies), daß auch in der gewerkschaftlichen Grundfrage des proletarischen Klassenkampfes die revolutionären Konsequenzen gezogen werden müssen. Die Arbeiter der Korsch-Gruppe stehen vor der Wahl: ob sie trotz aller revolutionären Kritik nur die linken Flügelleute in der Amsterdamer Front des Kapitalismus sein wollen — oder ob sie die Gruppe Entschlossene Linke entschlossen den Kampf aufnehmen wollen gegen die Betriebsfront Moskauer und die Bildung der proletarischen Klassenkampf front auf der Grundlage revolutionärer Einheitsorganisationen? — Das ist die entscheidende Frage, die es klar und eindeutig zu beantworten gibt.

Proletarisches Notizbuch
Die Wirtschafts-demokratie. Die Direktion der Kammernspinnerei Wernshausen hat am 10. Mai einen Anschlag veröffentlicht, in dem bekannt wird, daß das Landgericht in Meiningen beschlossen hat, dem Textilarbeiterverband zu verbieten: Anweisungen an die Streikleitung zu geben, Streikunterstützung auszusprechen und zum Streikpostenstreben anzuhalten. Verboten wird mit Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder mit Haftstrafe bis zu sechs Monaten bestraft. — Wenn die Arbeiter so lange warten wollen, bis die Gewerkschaften einen „wilden“ Streik führen, können sie davor verrecken.

Sie wissen sich zu helfen. Die Mitgliederversammlung des Kohlenpreiskartells hat am 1. Juni d. J. die Erhöhung der Kohlenpreise um 7% Prozent beschlossen. Einen wahrscheinlichen neuen Rückgang des Kohlenpreises versuchen die Ruhr-Industriellen durch Erhöhung der Inlandpreise und erhöhte Ölwerte aus dem Inlandabsatz auszugleichen. Lediglich die Kohle- und Brekettpreise sollen vorläufig unverändert bleiben.

Bauern-Hungersterben in der Herzogovina, Belgrad, 12. 5. (WTe.) In vielen Bezirken der Herzogovina ist infolge der Notlage der Landwirtschaft Hungersterben ausgebrochen. Im Dorf Ruzice sind drei Bauern Hungers gestorben. Auch in anderen Dörfern hat die Hungersnot solchen Umfang angenommen, daß viele Leute im Sterben liegen.

Was kostet ein Menschleben. Gegen 30 Kriegsschiffe und über ein halbes Hundert Flugzeuge sind von der amerikanischen, englischen und französischen Küste aus unterwegs, um nach den verbliebenen Fliegern Nanziger und Goli im Ozean zu forschen. — Nach einer nichtamtlichen Zusammenstellung sind bei der Ueberschwemmung im Mississippi und durch die Stürme im mittleren Westen im ganzen 780 Personen getötet und 3000 vermisst worden. Die Zahl der Obdachlosen beträgt 365.000. 14.000 Quadratkilometer Land sind überschwemmt. — Die Katastrophe läßt den Profit der Baumwollspekulanten mächtig in die Höhe schellen. Die Opfer selbst sind größtenteils ihrem Schicksal überlassen.

Verleger und für den Inhalt verantwortlich: Karl Salta.
Neukölln. — Druck: Drucker für Arbeiter-Literatur.
Willy Isdonat, Berlin O 17.

den der bisherigen Diskussion über die Gewerkschaftsfrage zu sprengen“. Die „Sprengung“ besteht darin, daß der Ausgangspunkt für die Stellung zur Gewerkschaftsfrage sein muß die Stellungnahme zur „ökonomischen Erscheinungsform des revolutionären Klassenkampfes“ und die „unbedingte Teilnahme“ an diesem wirtschaftlichen Kampf. Damit wird nur eine Illusion ausgesprochen, die wirklich nicht mehr als eine Entdeckung zu werden braucht. Auch die angeblich an einem „starken Rahmen“ klebenden antigewerkschaftlich eingestellten Arbeiter betrachten den Prozeß der wirtschaftlichen Kämpfe als ein durchaus wichtiges Stück des proletarischen Befreiungskampfes und stehen demzufolge in solchen Kämpfen nicht abseits. Wenn diese Proletarier trotzdem die Stellung zu den reformistischen Gewerkschaften in den Vordergrund rücken, so nur auf Grund der Erfahrung, daß heute auch die Führung wirtschaftlicher Kämpfe durch die proletarischen Massen selbst (und nicht durch reformistische Instanzenpolitik) die Schaffung revolutionärer Klassenkampforganisationen unbedingt notwendig macht.

Doch die Mehrheitskorschisten selbst können gar nicht umhin, ebenfalls „Stellung zu den bestehenden Organisationen“ zu nehmen. Wie schon angeführt, erblicken sie in der Revolutionspolitik eine reaktionäre Utopie. Sie ziehen sogar noch weiter und begründen, gestützt auf die bekannten obersten Tatsachen, die Notwendigkeit der Spaltung der Gewerkschaften durch die Kommunisten. In dem von uns zitierten Artikel der „KPD“ Nr. 8 wird außerdem unzuweilig ausgesprochen, daß „die Freien Gewerkschaften schon längst und unwiderleglich zu Fesseln der Klassenkampf des Proletariats umgeschlagen sind.“ Die Sprengung des starren Rahmens bedingt also keineswegs davon, in Bezug auf das Wesen der Amsterdamer Gewerkschaften einen — KAP-Standpunkt einzunehmen.

Man frage aber nicht nur nach den praktischen Schlüssen, welche die Mehrheitskorschisten aus solchen nur zu unterstreichenden Feststellungen ziehen. Denn hier, wo es gilt, dem Proletariat positiv einen Ausweg aus der Sackgasse der reformistischen Bewegung aufzuzeigen, ist ein schändliches Verfehlen zu konstatieren. Hineinzuweisen in alle ökonomischen Organisationen des Proletariats; in alle sogenannten Kampforganisationen, die sich zu den Grundzügen des proletarischen Klassenkampfes bekennen“, ist der Weisheit letzter Schluß bei den Mehrheitskorschisten und Minderheitskorsch-Gruppe. Und dementsprechend steht es den Mitgliedern der „KPD“ völlig frei, einer Gewerkschaft, einem Industrieverband oder einer Union anzugehören (für nicht eine wirtschafts-friedlichen, christlichen oder Hirse-Dünkerischen Gewerkschaft). Also trotz der Fesseln der proletarischen Klassenkampf sind, trotzdem sie nicht erobert und revolutioniert werden können, trotzdem „die Amsterdamer Organisationen unter ihren rechten Handen abzuweichen“ werden können auf der anderen Seite der Barrikade stehen, müssen — trotzdem hinein in diese konterrevolutionären Organisationen! (Da die Amsterdamer Verbände nach der eigenen Erklärung der „KPD“ (siehe „als Ganzes“) sich nicht zu den Grundzügen des proletarischen Klassenkampfes bekennen, ist absolut unverständlich, warum der Eintritt in christliche und sonstige geber Gewerkschaften eigentlich verboten sein soll.)

Diese, von der Linie des Zentralkomitees der KPD, nur gerade abweichend, werden kann (wie erst der Abgang Rosenbergs wieder bewies), daß auch in der gewerkschaftlichen Grundfrage des proletarischen Klassenkampfes die revolutionären Konsequenzen gezogen werden müssen. Die Arbeiter der Korsch-Gruppe stehen vor der Wahl: ob sie trotz aller revolutionären Kritik nur die linken Flügelleute in der Amsterdamer Front des Kapitalismus sein wollen — oder ob sie die Gruppe Entschlossene Linke entschlossen den Kampf aufnehmen wollen gegen die Betriebsfront Moskauer und die Bildung der proletarischen Klassenkampf front auf der Grundlage revolutionärer Einheitsorganisationen? — Das ist die entscheidende Frage, die es klar und eindeutig zu beantworten gibt.

Proletarisches Notizbuch
Die Wirtschafts-demokratie. Die Direktion der Kammernspinnerei Wernshausen hat am 10. Mai einen Anschlag veröffentlicht, in dem bekannt wird, daß das Landgericht in Meiningen beschlossen hat, dem Textilarbeiterverband zu verbieten: Anweisungen an die Streikleitung zu geben, Streikunterstützung auszusprechen und zum Streikpostenstreben anzuhalten. Verboten wird mit Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder mit Haftstrafe bis zu sechs Monaten bestraft. — Wenn die Arbeiter so lange warten wollen, bis die Gewerkschaften einen „wilden“ Streik führen, können sie davor verrecken.

Sie wissen sich zu helfen. Die Mitgliederversammlung des Kohlenpreiskartells hat am 1. Juni d. J. die Erhöhung der Kohlenpreise um 7% Prozent beschlossen. Einen wahrscheinlichen neuen Rückgang des Kohlenpreises versuchen die Ruhr-Industriellen durch Erhöhung der Inlandpreise und erhöhte Ölwerte aus dem Inlandabsatz auszugleichen. Lediglich die Kohle- und Brekettpreise sollen vorläufig unverändert bleiben.

Bauern-Hungersterben in der Herzogovina, Belgrad, 12. 5. (WTe.) In vielen Bezirken der Herzogovina ist infolge der Notlage der Landwirtschaft Hungersterben ausgebrochen. Im Dorf Ruzice sind drei Bauern Hungers gestorben. Auch in anderen Dörfern hat die Hungersnot solchen Umfang angenommen, daß viele Leute im Sterben liegen.

Was kostet ein Menschleben. Gegen 30 Kriegsschiffe und über ein halbes Hundert Flugzeuge sind von der amerikanischen, englischen und französischen Küste aus unterwegs, um nach den verbliebenen Fliegern Nanziger und Goli im Ozean zu forschen. — Nach einer nichtamtlichen Zusammenstellung sind bei der Ueberschwemmung im Mississippi und durch die Stürme im mittleren Westen im ganzen 780 Personen getötet und 3000 vermisst worden. Die Zahl der Obdachlosen beträgt 365.000. 14.000 Quadratkilometer Land sind überschwemmt. — Die Katastrophe läßt den Profit der Baumwollspekulanten mächtig in die Höhe schellen. Die Opfer selbst sind größtenteils ihrem Schicksal überlassen.

Verleger und für den Inhalt verantwortlich: Karl Salta.
Neukölln. — Druck: Drucker für Arbeiter-Literatur.
Willy Isdonat, Berlin O 17.

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Ma 1927
Abz. Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 328 42.
Buchhandl. i. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lantower Pl. 13.
Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifen durch die Post monatlich 1,20 Mk., salbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Die Ursachen des Börsenkrachs

Der große Börsenkrach beherrscht augenblicklich vollkommen das Interesse der deutschen Bourgeoisie. Die bürgerliche Presse überstrahlt sich in Berühmungsmeditationen. Sie sucht zu beweisen, daß die Börsenkatastrophe keine Katastrophe der Wirtschaft, sondern nur der Börse ist. Die Börse, die sonst immer als der feinste Meßapparat für den Stand der Wirtschaft ist, wird zu einer volkswirtschaftlich gleichgültigen Angelegenheit erklärt. Allen voran und übertragend stürzt selbstverständlich der „Vorwärts“. Sein Wirtschaftssachverständiger Fritz Naphthi verzapft in der Sonntagsgummer vom 15. Mai 27 den von jedem bürgerlichen Nationalökonom für irrsinnig zu haltenden Kohl, daß „die Börsenverluste nur Privatvermögen betreffen, aber das Volkvermögen könne durch eine Umwertung an der Börse niemals wesentlich beeinträchtigt werden“. Es liegt darin eine völlige Verkennung der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge und der Grundlagen der Börsenkonjunktur, auf die noch besonders einzugehen sei wird. Die „Rote Fahne“, das Organ der „einzigen Arbeiterpartei“, stellt die naive Frage, ob „der große Börsensturz auch die aufsteigende Konjunktur in der Industrie hemmen wird“. Sie beantwortet sie selbst mit der Hoffnung, daß „der Börsensturz zunächst weiterhin ohne erheblichen Einfluß auf die allgemeine Wirtschaftskonjunktur sein kann“. Immerhin sei er ein Zeichen „für die nur sehr relative Stabilisierung der deutschen kapitalistischen Wirtschaft“. Eine Analyse der Situation fehlt ganz. Völlig im Stil der bürgerlichen Presse wird über die Zukunft orakelt und die äußere Tatsache, daß der äußere Zusammenbruch auf Befehl der Reichsbank erfolgt sei, in den Vordergrund gestellt.

Wir müssen uns fragen, was bedeutet die Maßnahme der Reichsbank, die sog. Reporthkredite (Spekulationskredite) ab Mitte Juni um 25 Prozent zu vermindern und dann noch weiter bis 50 Prozent einzuschränken. Es ist ganz klar, daß es sich hier nicht um irgendwelche diktatorische Laune des Reichsbankpräsidenten, sondern um ein schweres Maß handelt, das besonders wenn man sich die Wirkungen dieser Kreditkündigung vor Augen hält. Die Börsenkurse sind in 2 Tagen um 100 Prozent und mehr gefallen. Bis zum 19. Mai sind nicht weniger als 100 Millionen und noch mehr Differenzen fällig. Bis zum 15. Juni sollen nicht weniger als 600 Millionen Effektenkredite zurückgezahlt werden. Der Gewaltstreik der Kreditbeschränkung ist in gleicher Weise, wie dies im April 1924 der Fall war, auf eine Gefährdung der Stabilität durch zu starke Inlandskonjunktur zurückzuführen. Durch die Stabilisierung der Mark waren billige Milliarden in die Wirtschaft hineingepumpt worden. Der Inlandsverbranch war enorm gestiegen, während der Export stagnierte. Die Handelsbilanz war stark passiv. Der Einfuhrüberschuß führte zu einer starken Verschuldung an das Ausland und damit zu einer verstärkten Abgabe von Devisen des Zentralbankinstituts. Die Konjunktur von 1924 führte zur Auffüllung des Betriebskapitals der Industrie, während die Konjunktur des Jahres 1926 als wesentlichste Erscheinung Effektenkredite in Höhe von 2,4 Milliarden brachte. Die Börsenkonjunktur 1926-27 war eine Folge der durch die industrielle Krise freigeordneten, insbesondere ausländischen Kapitalien, die im deutschen Produktionsprozeß keine Verwendung fanden, und der auf derselben Grundlage beruhenden zeitweiligen Aktivität des deutschen Außenhandels, die bis zum September 1926 anhielt. Sie mußte in der Minute wieder aufhören, in der die steigende passive Handelsbilanz zu einer starken Beanspruchung der Zahlungsbilanz führte. Es ist ganz charakteristisch, zu welchen Wechselwirkungen aktive und passive Handelsbilanz stehen. Die aktive Handelsbilanz bedeutet Einschränkung des Inlandskonsums, also Rückgang des Reallohnes der Arbeiterschaft und Sinken der Kaufkraft, sofern nicht eine absolute Ausfuhrleistung vorliegt. Dagegen gefährdet jede Einfuhrsteigerung, weil ein Ausgleich der Zahlungsbilanz durch Kapitalexport nicht geschaffen werden kann. Die Krise, die bei jeder Inlandskonjunktur entsteht, beweist, daß das deutsche Kapital noch lange nicht seine Wirtschaft ausbalanciert hat. Es fehlt die seltenen Bedürfnisse entsprechende Exportsteigerung. Jede Inlandskonjunktur wächst sich so zu einer Inflation aus. Der Unterschied gegen die „Inflation“ ist nur der, daß die deutsche Finanzpolitik heute rücksichtslos jede Inflation, sobald sie zu Gefahr wird, zerbricht. Die Reichsbank handelt dabei im Einvernehmen mit den Großbanken, denen der „Vorwärts“ deshalb die Zivilcourage abspricht. Die Gründe

China — Rußland — England

Die Raza der englischen Regierung hat der „Roten Fahne“ wieder für einige Wochen Stoff geliefert. Und doch liegen die Gründe dafür so offen zu Tage, daß man sich wundern muß, daß in dem ganzen Wust von Drucker-schwarz nicht ein einziger Satz zu finden ist, der den Arbeitern Aufschluß geben könnte für die wirklichen Gründe dieser Aktion. Es ist schlimm, wenn eine Partei gezwungen ist, mit Scheuklappen zu arbeiten.

Der Zusammenbruch der russischen Chinapolitik konnte in seiner Auswirkung natürlich auch nicht dadurch abgeschwächt werden, daß Moskau sofort die Konsequenzen zog und vom „offenen Kampf“ gegen England zur „roten Diplomatie“ in Genf überging. Der Zusammenbruch der russischen Chinapolitik gab dem englischen Imperialismus die Kräfte frei zum Kampf gegen die jüngere Triumpf vertrieben, die chinesischen Proletarier an Schang-Kai-Tschek verraten und so jede Position verloren hatte, fühlt sich England stark genug, seinen Siech an in Europa auszukosten. Die moralische Enttarnung Moskaus kann bei dem revolutionären Proletariat im höchsten Maße ein mühseliges Lächeln hervorrufen.

Das englische Kapital schickt sich gerade an, die Lehren aus dem großen englischen Streik zu ziehen und diese Lehren in Form eines Knebelungsgesetzes, des Antistreibgesetzes, zu verankern. Es drapiert seinen Kampf gegen das Proletariat mit dem Popanz vom „Kampf gegen den Bolschewismus“ und bringt dieses reaktionäre Gesetz in Verbindung mit dem Kampf gegen den Bolschewismus, den es in China auskosten mußte, um „seine heiligsten Güter“ zu wahren. Es versucht so zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Einmal das reaktionäre Gesetz durchzusetzen, und zum zweiten sein politisches Prestige bis in die letzten Konsequenzen auszuwerten. Es weiß, das Moskau irgendwelche Repressalien nicht anwenden wird und kann, sondern das Moskau jedes ihm zugelegte „Unrecht“ mit einem großen und herzerregenden Jammer über dies „Unrecht“ beantwortet, auf jede Provokation eine neue Friedensbotschaft in die Welt senden wird. Diese Art der „roten Diplomatie“ mag für alte Weiber und politische Säuglinge noch trübselig sein, das es im Kampf gegen den Weltkapitalismus Proletariat zieht aus der Niederlage seine Lehren für neue Kämpfe.

Aber der Konflikt zwischen Moskau und England ist trotz allem Brimborium der „Roten Fahne“ und der III. Internationale kein Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie, sondern ein Kampf zwischen zwei kapitalistischen Ländern.

Das Proletariat gibt seinen Kampf gegen den Kapitalismus oder ein kapitalistisches Land nicht auf, wenn Moskau mit diesem im „besten Einvernehmen“ lebt. Das englische Kapital keinen Schritt weiter, wenn dem englischen Kapital seine Interessen als ausbeutende Klasse gebietet, mit Rußland ein Bündnis gegen ein anderes

kapitalistisches Land einzugehen. Diese Frage der Bündnisse kapitalistischer Länder untereinander sind eine Angelegenheit der internationalen Bourgeoisie, niemals eine Angelegenheit des internationalen Proletariats!

Moskau erklärt vor dem Forum des kapitalistischen Völkerbundes, daß es den „Frieden“ um jeden Preis will. Das ist diese „revolutionäre“ Haltung wie die Bucharinsche These des Krieges im Bündnis mit einer Bourgeoisie gegen eine dritte Bourgeoisie. Das erste ist der Burgfrieden mit der Bourgeoisie im „Frieden“, das andere der Burgfrieden mit der Bourgeoisie im Kriege. Für das Proletariat steht nicht die Frage Krieg oder Frieden. Für das Proletariat steht die Frage des Klassenkampfes gegen jede Bourgeoisie und in jeder Situation. Das Proletariat weist die abgedane Wassersuppe der II. Internationale, die ihm Moskau von neuem vorsetzt, und an der es sich schon einmal unheilvoll vergiftet hat, zurück und erklärt mit Rosa Luxemburg:

„Was ist das Klassenbewußtsein auf beiden Seiten der Kämpfe, die 1649 und 1789 gegeneinander in die Schranken traten, verglichen mit dem tödlichen, ununterschiedbaren Haß, der heute zwischen dem Proletariat und der kapitalistischen Klasse lodert! Nicht umsonst hat Karl Marx seine wissenschaftliche Blindlaterne an die verborgenen Tiefen der ökonomischen und politischen Räderwerke der bürgerlichen Gesellschaft gehalten. Nicht umsonst hat er ihr eigenes Tun und Gebaren bis in die feinste Veränderung ihres Fühlens und Denkens als Ausfluß der großen Grundtatsache beleuchtet, daß sie ihr Leben wie der Vampyr vom Blute des Proletariats fristet... Es ist der letzte große Kampf, in dem es sich um Sein oder Nichtsein der Ausbeutung, um eine Wende der Menschheitsgeschichte handelt, ein Kampf, in dem es keine Ausflucht, kein Kompromiß, keine Gnade geben kann.“

Nicht der Zustand, daß, wie in dem heutigen Rußland, der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier mit dem Kulak in verlogener Gleichheit sitzt, ist für das Proletariat die Basis seiner Klassenkampfpolitik. Diese Basis ist die weltumfassende Arbeitersolidarität aller Ausbeuteten gegen die Weltbourgeoisie.

Die Welt ist geladen mit neu angehäuftem Konfliktstoff, und die bürgerliche Gesellschaft rast, wenn das internationale Proletariat nicht vordem durch die proletarische Revolution die Ursache aller Kriege, den Kapitalismus beseitigt, einem neuen 1914 entgegen. Vor dem Proletariat jedoch steht auch im Fall des Ausreifens der kapitalistischen — englisch-russischen Gegenseite die Frage: Mit dem russischen Proletariat, oder mit den russischen Kulaki und der russischen Bourgeoisie. Auch das russische Proletariat hat nichts mehr zu verlieren wie seine neuen, aber um so stärkeren Ketten der Ausbeutung. Es hat gemeinsam mit dem internationalen Proletariat eine Welt zu gewinnen. Dieser Kampf gegen den kapitalistischen Krieg ist der Bürgerkrieg gegen den Weltkapitalismus und damit auch gegen den Verrat der II. und III. Internationale.

Ein früheres Abbremsen hätte aber überhaupt keinen Anhang einer Inlandskonjunktur möglich gemacht. Die Situation für die Reichsbank war in der ersten Maiwoche außerordentlich kritisch. Die Deckung der umlaufenden Reichsbanknoten und Rentenbankscheine durch Golddevisen war von 3. Januar bis zur angegebenen Zeit von 35,9 Prozent auf 43,6 Prozent zurückgegangen. Die gesetzlich vorgeschriebene mit betriebe besetzte Grenze von 40 Prozent war damit bereits erreicht. Die Reichsbank hatte in den ersten 4 Monaten 1927 nicht weniger als 500 Millionen Mark Devisen verloren. Wenn die Passivität der Handelsbilanz allein in dem ersten Quartal 877 Millionen Mark infolge der Inlandskonjunktur weiter lief, so bedeutete dies unabwehrbar die Gefahr der Instabilität der Mark. — Die sich immer stärker bemerkbar machende Realisierung der Kurssteigerung durch die ausländischen Aktienbesitzer führte zu einer weiteren starken Devisen- und Kapitalabwanderung. Der Eingriff der Reichsbank bedeutete daher auch eine Verbindung der Ausmutterung

